

FORUM: Dienstleistungsgewerkschaft

Roland Issen:

Aspekte einer Dienstleistungsgewerkschaft - Bisherige und zukünftige Gewerkschaftsstruktur

Roland Issen, geb. 1938 in Münster/Westf., ist seit 1987 Vorsitzender der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG).

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung befindet sich in einer schwierigen Phase. Konjunkturelle und strukturelle Probleme in der Wirtschaft haben die Arbeitslosenzahlen auf eine in der deutschen Nachkriegsgeschichte nie dagewesene Höhe steigen lassen. Der technisch-organisatorische Wandel in den Betrieben und Verwaltungen führte per Saldo zu Arbeitsplatzverlusten in großem Umfang.

Zunehmende internationale Arbeitsteilung und die Verlagerung von Arbeitsstätten ins Ausland verstärken diese Tendenz. Politik und Wirtschaft reagieren auf die Entwicklung zunehmend mit Maßnahmen, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verschlechtern. Abbau sozialer Standards, einseitige Lastenverteilung zuungunsten der Angestellten und Arbeiter, Einschränkung der Mitbestimmung und Gefährdung der Tarifautonomie sind nur einige wenige Beispiele in einer Kette, die sich beliebig verlängern läßt.

Deregulierung und Privatisierung der Lebensrisiken heißen die Parolen von Wirtschaft und Politik. Einer solchen Politik sozialer Demontage muß der entschlossene Widerstand der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entgegengesetzt werden.

Die Gewerkschaften stehen vor neuen Aufgaben und Herausforderungen. Das gilt auch für eine wirksame Interessenvertretung auf internationaler Ebene. Bedingt durch den europäischen Einigungsprozeß verlagern sich immer mehr politische Entscheidungskompetenzen von der nationalen auf die europäische Ebene. Die Arbeitgeberverbände haben sich seit längerem darauf eingerichtet. Auch für die Gewerkschaften wird deshalb die internationale Abstimmung und Zusammenarbeit zunehmend bedeutungsvoller. Es gilt, Kräfte zu bündeln sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.

Vor dem Hintergrund der sich verändernden Wirtschaftsstrukturen in Deutschland hat es in den vergangenen Jahren bedeutsame Konzentrationen in der Gewerkschaftslandschaft gegeben. Die Zusammenschlüsse von IG Metall, Gewerkschaft Textil-Bekleidung und Gewerkschaft Holz und Kunststoff, sowie von IG Chemie - Papier - Keramik, IG Bergbau und Energie und Gewerkschaft Leder, aber auch von der IG Bau-Steine-Erden und der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft sind Reaktionen auf Entwicklungen und Veränderungen im industriell-gewerblichen Bereich.

Nach allen vorliegenden Daten und Erkenntnissen muß davon ausgegangen werden, daß sich die Zahl der Arbeitsplätze im industriell-gewerblichen Bereich in den kommenden Jahren weiter reduzieren wird. Beschäftigungswachstum ist - wenn überhaupt - im Dienstleistungssektor zu erwarten; stärker in privaten als in öffentlichen Dienstleistungsbereichen. Dabei gilt es allerdings zu berücksichtigen, daß der gewerkschaftliche Organisationsgrad im industriell-gewerblichen Bereich deutlich höher ist als im Dienstleistungssektor.

Wenn die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften im Dienstleistungssektor nicht in die Rolle von Bittstellern geraten wollen, muß der gewerkschaftliche Organisationsgrad in den kommenden Jahren merklich erhöht werden.

Wie aber ist die derzeitige Lage der Gewerkschaften im Dienstleistungssektor? Die ursprünglichen Organisationsabgrenzungen der Einzelgewerkschaften des DGB sind zunehmend brüchig geworden. Der historisch bedingte und über Jahre ausgetragene Streit über die beste Organisationsform gewerkschaftlicher Arbeit zwischen den Gewerkschaften des DGB und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) könnte beigelegt werden, indem eine gewerkschaftliche Organisation für den Dienstleistungssektor geschaffen wird.

Dies ist das gemeinsame Ziel von sechs Gewerkschaften (Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Deutsche Postgewerkschaft, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Industriegewerkschaft Medien und die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr), die nach intensiven Beratungen am 24. Februar 1998 eine „Politische Plattform“ zur Neustrukturierung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Dienstleistungsbereich, in der dienstleistungsnahen Industrie, im Medien-, Kultur- und Bildungsbereich beschlossen haben.

Diese sechs Gewerkschaften verfolgen für ihre Mitglieder das Ziel, die gewerkschaftliche Interessenvertretung attraktiver und effizienter zu gestalten. Das soll u. a. durch eine größere fachliche Kompetenz und eine stärkere Präsenz in der Fläche erreicht werden. Dazu ist es erforderlich, die in den Einzelgewerkschaften vorhandenen Kräfte zu bündeln und über eine einheitliche Mitgliedschaft jetzt noch vorhandene Konkurrenz aufzuheben.

Bei Vermeidung von Doppel- und Mehrfacharbeit in neuen Strukturen der gewerkschaftlichen Organisation werden Personal und Rnzen effektiver und wirtschaftlicher eingesetzt.

Diese Bündelung regelt zugleich eine den Berufsgruppen und Branchen bzw. Bereichen gemäÙe kompetente und differenzierte Aufgabenwahrnehmung, um:

- aktive Arbeit für Mitglieder zu gewährleisten,
- neue Mitglieder zu gewinnen,
- neue Bereiche von Beschäftigung zu erschließen und
- die Leistungsfähigkeit auf allen Ebenen zu steigern.

Einvernehmen besteht ferner darüber, daß die bisherige Mitgliedschaft in den beteiligten Gewerkschaften, angeschlossenen Verbänden, Fach- und Berufsgruppen abgesichert bzw. in die neue Struktur überführt wird. Eine gemeinsame Mitgliedschaft auf der Grundlage gleichberechtigter Partnerschaft muß Raum lassen für eigenständige Vertretungsstrukturen von Berufsgruppen und Branchen bzw. Bereichen und die berufsfachliche Identifikation erhalten und ausbauen. Die gemeinsame Mitgliedschaft ist Voraussetzung für eine eigenständige, effektive und durchsetzungsfähige Interessenvertretung und für das Erschließen bisher nicht gewerkschaftlich organisierter Bereiche.

Ein weiteres Ziel ist es, die Bedingungen für das ehrenamtliche Engagement durch eine kompetente berufs- und branchen- bzw. bereichsspezifische Arbeit deutlich zu verbessern. Die demokratische Willensbildung von der Mitgliederbasis zu den Vorständen muß gewährleistet werden.

Die beteiligten Gewerkschaften haben es sich für alle ihre Mitglieder zum Ziel gesetzt, gleichberechtigt etwas Neues zu schaffen. Dieser ProzeÙ unterscheidet sich von Fusionen dadurch, daß es keine aufnehmende und keine aufgehenden Organisationen geben wird. Ausgangspunkt dieses Prozesses sind die derzeitigen Organisationsbereiche der beteiligten Gewerkschaften, die von allen als bestehend akzeptiert werden.

Um den ProzeÙ der Neustrukturierung der Gewerkschaften im Dienstleistungsbereich, der dienstleistungsnahen Industrie und im Medien-, Kultur- und Bildungsbereich zielgerichtet zu entwickeln und in den Organisationen zu festigen, ist jede Gewerkschaft aufgefordert,

- den DiskussionsprozeÙ zeitnah für die eigene Organisation transparent zu machen und
- die Mitarbeit der ehren- und hauptamtlichen Funktionärinnen und Funktionäre auf allen Ebenen zu fördern.

In dem verabredeten ProzeÙverlauf soll ein immer höheres Maß an Verbindlichkeit durch entsprechende Gremienentscheidungen erreicht werden.

Bis Ende Mai 1998 soll die „Politische Plattform“ durch die jeweiligen höchsten Führungsgremien zwischen den Gewerkschaftstagen bzw. -kongressen verabshiedet werden. Bis November 1998 soll die Diskussion von

innerorganisatorischen Varianten einer neuen Gewerkschaftsstruktur geführt werden. Im Dezember 1998 ist dann eine Entscheidung für ein konkretes Zielmodell und für politische Eckpunkte einer zukünftigen Satzung in den jeweiligen höchsten Führungsgremien zu treffen. Im 4. Quartal 1999 sind Entscheidungen in außerordentlichen Gewerkschaftstagen und -kongressen über die Teilnahme der jeweiligen Gewerkschaft am Zielmodell herbeizuführen. Ab dem Jahr 2000 kann der Prozeß der Neustrukturierung und Neuorganisation (Umsetzung der von den Gewerkschaftstagen und -kongressen beschlossenen Satzungsänderungen und Beschlüsse) beginnen.

Zugegeben, es handelt sich um ein großes Projekt und einen ehrgeizigen Zeitplan. Unstrittig ist aber auch, daß die Neuformation im Dienstleistungssektor keinen Zeitaufschub erlaubt. Es gilt jetzt, die Chance für eine zukunftsweisende neue Gewerkschaftsstruktur zielstrebig zu nutzen. Eine realistische Alternative dazu gibt es nicht.